IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50 Ausland Fr. 15.—. Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 135 | 17. März 1921 | ח' אדר שני תרפ"א | Einzelnummer 40 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Die Einwanderungsbeschränkungen in Amerika.

Die letzte Woche von uns ausgesprochene Hoffnung, Wilson würde die vom Kongress angenommene Einwanderungsbill nicht unterschreiben, scheint sich erfüllt zu haben. Telegramme aus New York vom 4. März besagen, dass die Bill tatsächlich infolge Nichtunterfertigung durch Wilson vorderhand ins Wasser gefallen ist. Die Bill muss also, um Gesetz zu werden, aufs neue im Kongress, d. h. Repräsentantenhause und Senate, eingebracht und angenommen werden, um sodann, nach Bestätigung durch Präsident Harding, in Kraft zu treten. Dieser letzte Schritt Wilsons vor seinem Rücktritt zu Gunsten der armen verfolgten Opfer aus Osteuropa, machte bei der jüd. Bevölkerung Amerikas einen ungeheuren Eindruck. Die Kampagne zur Aufklärung der Massen, wie auch der Kongressmitglieder über die Unzweckmässigkeit der proponierten Beschränkungen geht inzwischen energisch weiter. Einzelheiten stehen noch aus, da diese Woche sowohl Briefe als auch Zeitungen aus Amerika vollständig ausgeblieben sind.

Briand über Palästina.

Gelegentlich der grossen Debatte im französischen Parlament über die Londoner Verhandlungen, wobei die Sprache auch auf die Orientfragen kam, erklärte Briand am 16. März in der Kammer hinsichtlich Palästina, dass die Besprechungen mit dem englischen Verbündeten fortgesetzt werden können, ohne auf das zurückzukommen, was schon unterschrieben sei.

Reise Baron James Rothschilds nach Palästina.

Baron James Rothschild hat sich nach Palästina begeben. Seine Reise steht ebenso wie die Sokolows mit der Anwesenheit Churchills in Aegypten in Verbindung. Das Zusammentreffen Churchills mit Herbert Samuel war für den 16. März in Kairo bestimmt.

Die Umgestaltung der Zion. Exekutive.

Eine von Weizmann und Sokolow unterfertigte Erklärung teilt offiziell die in der Zion. Exekutive eingetretenen Aenderungen mit. Cowen, Jabotinsky und Lichtheim haben die Einladung, bis Zusammentritt des Kongresses provisorisch in der Leitung mitzuarbeiten, angenommen. Ausserdem wurden Dr. Ruppin und Dr. Eder herangezogen, zu denen noch die pal. Delegiertenversammlung oder der Waad Leumi zwei weitere Delegierte ernennen soll, die zusammen die zion. Kommission (Waad Hazirim) in Palästina bilden werden. Ferner wurde eine Finanz- und Budgetkommission geschaffen, die aus Naiditsch, Cowen und Siff besteht. Ende Mai oder Anfang Juni soll die Tagung des Grossen A. C. stattfinden, die das jetzige Provisorium zu bestätigen haben wird. Der Kongress soll für den August einberufen werden. Ort und genaue Zeit sollen nach Verständigung mit den Mitgliedern des Grossen A. C., den Landsmannschaften und den besonderen Föderationen mitgeteilt werden.

Protest des Haifaer arabischen Kongresses bei Churchill.

Nachdem die zahlreichen Proteste der Exekutive des Haifaer arabischen Palästinakongresses sowohl bei Samuel, als auch bei der englischen Regierung und dem Völkerbundsrat gegen die Durchführung der Balfourdeklaration in Palästina ohne jedwedes praktische Ergebnis geblieben zu sein scheinen, hat der besagte Kongress nunmehr anlässlich der Anwesenheit des englischen Kolonialministers, Churchill, in Aegypten sein Exekutivkomitee zu diesem entsandt, um bei ihm die Anhörung der Beschlüsse des Kongresses zu erwirken. Laut einem Havas Telegramm haben Delegationen der Eingeborenen, deren Führer Kazim Pascha Hussein war, Churchill ersucht, die Beschlüsse des Kongresses anzunehmen.

Weizmann über seine Eindrücke in Palästina.

Am Abend des 12. März fand im Jewish College eine zion. Konferenz statt, auf der Weizmann einen Bericht über die jetzige Lage in Palästina erstattete und u. a. ausführte: Er wolle ohne jede Spur von Uebertreibung oder Verschönerung berichten. Er habe die Möglichkeit gehabt, das neue Regime in Palästina unmittelbar nach dem Beschlusse von San Remo und nach der Ankunft Samuels zu studieren. Jetzt nach 6 Monaten könne man sich bereits einen Begriff über die Entwicklung bilden. Die höheren Administrativbehörden seien sich ihrer Aufgabe bewusst, Palästina zum jüd. Heim auszugestalten; zwar geschehe dies langsam, aber mehr durch unsere Schuld, als durch die der Verwaltung. Samuel führe sein Amt mit grosser Weisheit. Wenn wir Juden uns gleich nach dem Beschluss von San Remo in grossen Massen auf den Weg gemacht hätten, wenn Tausende und Tausende von Juden an die Tore des Landes gepocht hätten, hätte dieses auch die Administration zu schnellerem Handeln veranlasst und wir wären weiter, als es heute der Fall ist. Wahr ist, dass die Administration noch nicht allen Staub von einst von sich abgeschüttelt hat, und dass noch mancher subalterne Beamte dem Gedanken eines jüd. Nationalheimes gegenüber Unverständnis, ja selbst Feindseligkeit zeige. Dies sei unvermeidlich; man könne nicht alles auf einmal gutmachen, wo wir uns selbst ja so schwach gezeigt haben. Samuel sei am Wiederaufbau Palästinas interessiert, aber vom Wiederaufbau bis zur Begründung eines nationalen Heims sei noch ein weiter Weg und nur wir können dieses Heim mit unserer Kraft und unserer Energie aufbauen. Bezügl. der Einwanderung seien grosse Fortschritte erzielt worden. Im letzten Jahre sind 10,000 Immigranten, davon 2000 Reimmigranten eingewandert. Die 8000 Neueinwanderer kommen aus einer wahren Hölle und geben das beste Material für Palästina ab. Ein Teil davon besitzt Hochschulbildung, aber auch die übrigen besitzen höhere Intelligenz und 80 Prozent von ihnen

sprechen hebräisch. Sie hätten alle „gute" Lehrmeister, den Russen, den Deutschen u. A. und wenn wir noch 100,000 solcher in Palästina hätten, wäre Palästina unser.

Man dürfe auch nicht glauben, dass mit den Arabern bereits alles in Ordnung sei. Die Gefahr werde noch grösser dadurch, dass das Mandat noch nicht vom Völkerbunde bestätigt ist. Alles, was in den arabischen Ländern vorkommt, findet seinen Widerhall in Palästina. Palästina sei zwar derzeit das ruhigste Land, aber nichts gibt die Gewissheit, dass es immer so sein wird. Die einzige Sicherheit dagegen würde die Ansiedlung von Tausenden von Juden bilden, wozu das jüd. Volk die Möglichkeit schaffen müsse. Zahlreiche Angehörige des Mittelstandes kämen nach Palästina, um sich nach Geschäften umzusehen. Es sei schwer, etwas passendes für sie zu finden. Alles sei teuer und es mangle vor allem an Kredit. Auch in England gibt es derzeit keinen Kredit, aber niemand tadelt England deshalb. Aber wenn es in Palästina keinen Kredit gebe, so seien die Zionisten daran schuld. Er kenne die Brieflein, die diese Sorte von Menschen in die Welt heraussendet. Palästina sei vorläufig ein Ort für Muskelmenschen, vielleicht werde übers Jahr die Lage besser werden und auch die oben erwähnte Sorte von Menschen Beschäftigung finden. Weizmann verweist sodann auf die Wichtigkeit der Erziehungsfrage, die die Zionisten zwinge, von ihrem bloss 300,000 Pf. betragenden Budget 100,000 Pf. für Bildungszwecke auszugeben. Palästina sei kein Zufluchtsort, sondern das jüd. Nationalheim und die Kenntnis des Hebräischen spiele eine gleich wichtige Rolle, wie die Gründung einer neuen Kolonie. Er bespricht sodann den Text des Mandates, das gewiss neben seinen guten, auch seine schwachen Seiten habe. Es enthalte zahlreiche unklare Stellen und werde sicherlich einmal ein neues Traktat (Mesechta) im jüd. Leben bilden, wozu die Erläuterungen nicht aufhören. Die wohlwollendste Durchführung des Mandates liege im Interesse beider Parteien. Statt in die Welt hinein zu reden, solle man lieber die tatsächliche Lage begreifen. Was ist aus den vielen Versprechungen geworden? Wo sind Feysul, Venizelos und Andere? Diesen habe man so mancherlei Versprechungen gemacht und doch habe nichts davon Bestand gehabt, während unser Mandat existiert. Statt das Mandat zu kommentieren, helfet lieber die Zion. Organisation zu stärken, um sie in den Stand zu setzen, als Mitarbeiterin der Palästinaverwaltung ihre Aufgabe zu erfüllen und Erez Israel ehestens zum jüd. Heim zu machen. Geht energisch mit Ernst und Zuverlässigkeit an die Arbeit und wir haben alles erreicht.

In Ergänzung obiger Ausführungen bringen wir noch kurzgefasst den Inhalt eines Interviews, das Weizmann dem Herausgeber der „Jewish Times", Morris Myer, gewährt hat. Nach seinen Ausführungen sei die Krise in der zion. Exekutive bereits vorüber. Simon und De Lieme werden, wenn sie auch infolge Meinungsverschiedenheiten aus der Exekutive ausscheiden, weiter in der Bewegung mitarbeiten. Keine Spur von Bitterkeit sei zwischen ihm (Weizmann) und ihnen geblieben. Die Meinungsverschiedenheiten seien hauptsächlich daraus entstanden, dass sie die Kraft und den Willen des Volkes anders einschätzten als er. Alles resultiere daraus, dass ihr Glaube an das Volk geschwächt wurde, während er weiter an dieses glaube. Selbstverständlich müsse man sich, wenn es an Mitteln fehle, nach der Decke strecken, aber man dürfe nicht glauben, dass man durch Erzielung von Ersparnissen die zion. Aufgabe erfülle. Dies könne nur durch einen Appell an das jüd. Volk geschehen und durch die Art, wie das Volk auf diesen Appell antworte. Alles hänge vom Volke ab. Das Provisorium werde auf jeden Fall von nur kurzer Dauer sein und höchstens 6 Monate währen, bis zum Kongress, der im August oder spätestens September stattfinden werde und unbedingt notwendig sei. Auf die Frage, ob es nicht in der neuen provisorischen Exekutive an einem Finanzfachmanne fehle, erklärte Weizmann, dass Mond seine Mithilfe zugesagt habe. Ausserdem solle ein spezielles ökonomisches Komitee geschaffen werden. Besonders enthusiastisch drückte sich Weizmann über die Chaluzim aus, die das denkbar beste Menschenmaterial abgeben. Er las ein Schreiben eines höheren britischen nichtjüd. Verwaltungsbeamten in Palästina vor, das des Lobes voll ist über die jüd. Palästinaeinwanderer. Ein Land, heisst es in diesem Schreiben, das mit solchem Menschenmaterial aufgebaut wird, gehe der schönsten Zukunft entgegen. Sie zeichnen sich physisch wie geistig gleich aus. Dies beziehe sich auf Männer, wie auch auf Frauen. In Amerika erklärte Weizmann an die jüd. Bevölkerung um Mithilfe appellieren zu wollen. Er hoffe, dass die zion. Führer in Amerika sich an der Arbeit beteiligen werden. Aber, um die Wahrheit zu sagen, er setze seine ganze Hoffnung nicht bloss auf Amerika. Das jüd. Volk ist ein grosses Volk und trotz aller Leiden der Juden im Osten, sei er überzeugt, dass gerade diese einen bedeutenden Teil zum Wiederaufbau Palästinas beitragen werden.

— Nach Aeusserungen von Weizmann ist die britische Administration mit allen Mitteln bestrebt, der Zion. Org. genügenden Boden für Kolonisationszwecke zur Verfügung zu stellen. In erster Zeit wird die Organisation für die Dauer von 99 Jahren 2 Millionen Dunam zu niedrigen Preisen erwerben können. In allernächster Zeit sollen 3 Gruppen kolonisiert werden und zwar 1000 (?) Familien aus Kanada, die sowohl Erfahrung in der Landwirtschaft, als auch entsprechende Geldmittel und Arbeitsgeräte besitzen, — die Administration hat Zollfreiheit für die Einfuhr dieser Arbeitsgeräte zugesagt — sodann eine Gruppe von ehemaligen Legionären und eine Gruppe Landwirte.

Tagung des Agudah Zentralrates.

Der grosse Zentralrat, das oberste Verwaltungsorgan der Agudah Weltorganisation, wurde auf den 29. März nach Wien einberufen. Auf der Traktandenliste stehen u. a. folgende Punkte: Konstituierung des Zentralrates und Wahl des Vorstandes, Finanzgebarung, Palästinaarbeit, Emigration. Als schweizer. Vertreter in den Zentralrat wurde vom schweizer. Agudah Landesverband bekanntlich E. Botschko (Basel) delegiert.

Die Fälschung „Die Weisen von Zion".

Der „American Hebrew" veröffentlicht ein Interview seines Redakteurs mit der Prinzessin Radziwill, die die Verfasser der „Protokolle der Weisen von Zion" gekannt haben will, über die Entstehung dieser Fälschung. Nach Aussagen der Prinzessin sollen die „Protokolle" im Jahre 1884 verfasst worden sein, lange bevor sie von Nilus veröffentlicht wurden. Sie wurden zu politischen Zwecken nach Ermordung Alexanders II. fabriziert, um den Anteil der Juden am Kaisermorde zu „beweisen", da es Alexander III. sehr nahe ging, dass dieser Mord von prominenten Russen verübt worden war. General Orgewski, das damalige Haupt der Dritten Abteilung, wollte mittels Fälschung seinen Herrscher davon überzeugen, dass die Juden seinen Vater ermordet hätten, zu welchem Zwecke er seine Agenten nach Paris entsandte, um dort die falschen Dokumente zu fabrizieren. Die Agenten exzerpierten angeblich alte Bücher, brachten Zitate verschiedener jüd. Gelehrten und benutzten auch Hetzreden aus der Zeit der französischen Revolution. General Orgewski, der keinen persönlichen Zutritt zum Zaren hatte, versuchte das damalige Haupt der Ochrana, General Tscherewin, in die Verschwörung hereinzuziehen, was ihm jedoch nicht gelang, sodass die

Rapporte in den Archiven der Dritten Abtl. liegen blieben. Als sodann während des japanischen Krieges wieder unruhige Zeiten anbrachen, erinnerten sich die dem Throne nahestehenden Mitglieder der „Schwarzen Hundert“ an die Pariser Dokumente, die man zu benutzen beschloss. Der bekannte Ratschkowski, der späterhin im Beilis-Prozess eine so traurige Rolle spielte und damals Haupt der russischen Geheimpolizei in Paris war, nahm sich der Sache an. Zusammen mit ihm wirkten in dieser Angelegenheit auch Manassewitsch-Manuilow und Matwej Galowynski mit. Prinzessin Radziwill, die damals in Paris lebte, empfing, nicht wissend, dass er ein Spion sei, Galowynski bei sich, der ihr die Dokumente zeigte und betonte, diese würden beweisen, dass die Juden Mörder und Verschwörer seien. Galowynski zog seinen ganzen Lebensunterhalt aus dieser Geschichte und war stolz auf seinen Einfall.

Die Verantwortung für diese ganze „Enthüllung“ muss natürlich der Prinzessin Radziwill überlassen bleiben.

Chronik.

Polen.

— Am 5. März wurden erneut die Beratungen zwischen den jüd. Parteiführern und der polnischen Regierung aufgenommen. Seitens der Regierung nahmen daran teil die Mitglieder des zu diesem Zwecke besonders geschaffenen interministeriellen Komitees, Steczkowski (Vorsitzender), Skulski, Rataj, Vizeminister Wroblewski und als Vertreter des abwesenden Aussenministers Wolowski, von seiten der Juden die Abg. Thon, Farbstein und Dr. Schipper und Prylucki und Kirschbraun, wie auch der Anreger der Verständigungsaktion, Dr. Nossig. Minister Steczkowski betonte, er sei bevollmächtigt zu erklären, die Regierung Witos beabsichtige einerseits alle Ausschreitungen zu verhindern und die gegen die jüd. Bevölkerung sich richtende Bewegung zu beschwichtigen, wie auch andererseits im Wege der Gesetzgebung und Verordnungen die berechtigten Wünsche der jüd. Bevölkerung zu erfüllen. Dr. Nossig besprach die ganze bisher geführte Aktion und schlug vor, zu allererst folgende 4 Punkte, über die eine grundsätzliche Einigung bereits erzielt sei, durchzuführen: Beseitigung der Beschränkungen, die der früheren russischen und österreichischen Gesetzgebung entstammen, Revision des Gesetzes über die Sonntagsruhe, Reorganisation der jüd. Gemeinden und Bestellung eines Referenten für jüd. Angelegenheiten beim Ministerratspräsidium. Die jüd. Vertreter erklärten sich im grossen ganzen damit einverstanden, wenn sie auch zum Teil betonten, dass auch noch eine Reihe anderer Punkte ehestens geordnet werden müsse. Eigenartig berührte die Rede von Innenminister Skulski, der sich gegen eine einseitige Behandlung der Frage aussprach und darauf hinwies, dass in der jüd. Frage auch die Polen gewisse Forderungen erheben. Man müsse wissen, ob die Juden nach Erfüllung ihrer Forderungen bereit seien, so zu handeln, dass die bezüglichen Klagen der Polen gegenstandslos würden, und zwar beziehe sich diese Handlungsweise sowohl auf das Inland wie auf das Ausland. Die jüd. Abgeordneten nahmen gegen diesen versteckten Vorwurf der jüd. Illoyalität gegenüber dem polnischen Staate Stellung, wobei sie die Solidarität der Juden mit ihrem polnischen Vaterlande betonten. Auch die Juden hätten grosses Interesse an einem grossen und mächtigen Polen. Minister Skulski schlägt sodann vor, dass die Vertreter der jüd. Parteien bis zur nächsten Sitzung untereinander sich über das Programm ihrer Forderungen einigen, wie auch über die Art ihres staatsbürgerlichen Eintretens zugunsten Polens. Der Vorsitzende, Minister Steczkowski, schliesst die Sitzung, darauf hinweisend, dass unabhängig von dieser Diskussion über die weitere Tätigkeit, die Arbeit bezügl. der oben erwähnten 4 Punkte unverzüglich aufgenommen werden müsse, um das entsprechende Material auf der nächsten Sitzung in bereits möglichst reifer Fassung vorlegen zu können.

— Das polnische Amtsblatt „Monitor Polski“ hat in seiner Nummer 52 das Wahl-Reglement für die jüd. Kultusgemeinden auf dem Gebiete des ehemaligen Kongresspolens veröffentlicht. (S. „J.P.Z.“ Nr. 134.) Erwähnenswert sind folgende Bestimmungen: Die Wahlen sind allgemein, gleich, geheim, direkt und proportionell. Aktives Wahlrecht besitzen über 25 Jahre alte Männer, die mindestens einjährigen Wohnsitz in der betreffenden Gemeinde haben. Das passive Wahlrecht ist an ein Alter von 30 Jahren gebunden. Oberste Aufsicht über Durchführung dieser Wahlen steht dem Kultusminister zu.

— Die Abg. Grünbaum, Farbstein und Genossen interpellierten den Kriegsminister und den Justizminister wegen der Mord- und Gewalttaten, die an der jüd. Bevölkerung in Grodno während des Rückzuges der polnischen Truppen im Laufe des Sommers verübt worden sind. Die Interpellation erfolgte auf Grund einer Reihe von schriftlichen Erklärungen von Augenzeugen, resp. Geschädigten, die die Gewalttaten der polnischen Truppen bezeugen.

— Die in Warschau neu eingetroffene Delegation der „Hias“, mit Richter Hugo Pam an der Spitze, hielt in Anwesenheit des bisherigen europäischen Direktors der „Hias“, Masel, wie auch des neuernannten europäischen Direktors, Adolf Held, eine Konferenz mit führenden jüd. Vertretern ab, wobei Direktor Masel ein Bild über die bisherige Tätigkeit der „Hias“ entwarf. Besonders schmerzlich sei die unter den poln. Juden herrschende Uneinigkeit, die selbst in der jetzigen, an die spanische Inquisition erinnernden Zeit der Tragödie der ukrainischen Judenheit, es zu keiner einheitlichen Organisation bringen können. Auf Grund der ungeheuren Wichtigkeit der berührten Fragen wurde beschlossen, dem Direktor der „Hias“ zu empfehlen, demnächst eine engere Konferenz der Vertreter der jüd. Parteien einzuberufen, zwecks detaillierter Besprechung des Emigrationsproblems.

— „Nasz Kurjer“ vom 10. März veröffentlicht ein Interview mit dem in Warschau eingetroffenen Vertreter der Exekutive der jüd. Welthilfskonferenz, Dr. Markus Krämer. Nach durchgeführter Beratung mit den Vertretern der verschiedenen in Warschau existierenden Rettungskomitees, begibt sich Dr. Krämer in die Randgebiete, und zwar bis zur polnisch-bolschewistischen Demarkationslinie, um nach Ueberprüfung der Lage an Ort und Stelle bei seiner Rückkehr nach Warschau eine Vereinigung der verschiedenen Parteien in Fragen des Rettungswerkes in die Wege zu leiten.

— Am 6. März fand auf Einladung des Präsidenten der Zion. Organisation für Ostgalizien, Dr. Leon Reich, in dessen Privatwohnung eine Beratung prominenter Vertreter der Lemberger Judenheit statt, zwecks Erweiterung der Aktion für den Keren Hajessod. Von den Anwesenden sind besonders zu erwähnen die Stadtrabbiner, der Vorstand der Kultusgemeinde, Vertreter des Rettungskomitees, Präsident der Bne Brith Loge, wie auch bedeutende Vertreter der Industrie, des Handels und der freien Berufe. Nach einem vom Generalsekretär des Keren Hajessod, Dr. Jona Rosenzweig, erstatteten Referat, sprachen sich alle Anwesenden einstimmig dafür aus, dass der Keren Hajessod als eine das Gesamtjudentum berührende Frage mit allen Kräften unterstützt werden müsse. Eine Kommission wurde gewählt, die in allernächster Zeit eine grosse Versammlung einberufen soll, um ein weites, aus allen Parteien sich zusammensetzendes Komitee zu wählen zwecks Durchführung einer energischen Aktion für den Keren Hajessod.

— Die jüd. Kultusgemeinde in Lemberg hat auf ihrer Sitzung vom 7. März auf Antrag ihres Vorsitzenden, Regierungskommissär Dr. Diamand, einstimmig beschlossen, die Aktion für den Keren Hajessod zu unterstützen und die Sammelaktion mit einer grösseren Subvention aus Gemeindemitteln zu eröffnen.

— Prediger Dr. Poznanski wurde zum Rabbiner gewählt. Poznanski ist der erste fortschrittliche Rabbiner in Warschau.

— Die zahlreich in Warschau versammelten, auf ein amerikanisches Visum harrenden jüd. Emigranten ersuchten Präsident Harding in einem Telegramm um Intervention, dass das amerikanische Konsulat in Warschau von Beschränkungen bei Erteilung der Passvisa absehe.

— In der „Hacefira" erlässt die Zion. Zentrale für Polen unter dem Titel „Zum letzten Male" einen Aufruf, das einzige hebräische Tagesorgan im Galuth zu unterstützen. Alle bisherigen Aufrufe seien wirkungslos gewesen und die Organisation sei nicht mehr imstande, das grosse Defizit, das bisher bereits mehrere Millionen beträgt, weiter zu tragen. Nur wenn bis zum 1. April die Zahl der Abonnenten auf 10,000 gebracht werde, könne mit einem weiteren Bestande der „Hacefira" gerechnet werden.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— Die jüd. Mitglieder des Wilnaer Gemeinderates veröffentlichen mit Rücksicht auf die unberechtigten Kommentare, die ihre Stimmenthaltung in der Frage der Entsendung einer Delegation zum Völkerbundsrat in Paris hervorgerufen hat, eine Erklärung, wonach sie unmittelbar nach Eintritt in den Gemeinderat erklärt hätten, sie wären nur ermächtigt, sich ausschliesslich mit wirtschaftlichen Fragen zu befassen. Sie erklärten damals und wiederholen jetzt wiederum, dass auch der Gemeinderat als solcher nicht berufen sei, politisch Stellung zu nehmen. Obwohl es nur 14 jüd. Gemeinderäte gäbe, so betrachten sie sich trotzdem als Vertreter von nahezu der Hälfte der Bevölkerung, da diese infolge verschiedener Wahlmachinationen nicht die gebührende Vertreterzahl bekommen konnte und zu einer Minderheit herabgedrückt worden sei. Da ausser den jüd. Abg. die sich der Stimme enthielten, auch die poln. Demokraten und poln. Sozialisten gegen die Entsendung erwähnter Delegation stimmten, müsse die Delegation des Wilnaer Gemeinderates als Mandatarin nur eines Teiles der Bevölkerung betrachtet werden.

— Auf einer Beratung der Studenten der Wilnaer Universität bez. Aenderung der Wahlordnung in den „Studentenrat" wurde der Antrag der Juden und der fortschrittlichen Polen auf Einführung direkter und proportioneller Wahlen abgelehnt, mit der Motivierung, dass man keine Juden im „Studentenrat" wünsche. Der gegen die jüd Studenten zu Tage tretende Antisemitismus an der Universität dürfte nicht ohne Einfluss auf das Verhalten der Juden bei einem eventl. Plebiszit bleiben.

— Der bekannte jüd. Schriftsteller Reisen, der sein im Jahre 1913 erschienenes „Lexikon der jüd. Literatur und Presse" in neuer, verbesserter Auflage erscheinen zu lassen beabsichtigt, wendet sich in der amerikanischen Presse in einem Aufruf an alle jüd. Schriftsteller, Journalisten, Philologen und Verleger, alle diesbezügl. genauen Angaben und vor allem ausführliche Selbstbiographien entweder ihm nach Wilna, Redaktion „Tug" Kleine Stephangasse 23 oder seinem Bruder Abraham Reisen, Brooklyn 967 Burgher Str. zukommen zu lassen.

Litauen.

— In Kupischki hat sich auf Grund eines von einem Postbeamten kolportierten Blutmärchens, wonach die Juden einen 10 jährigen Christenknaben ermorden wollten, um sich Blut für Ostern zu beschaffen, ein gespanntes Verhältnis zwischen der christlichen und jüd. Bevölkerung gebildet. Auf Grund einer Intervention des jüd. Ministeriums hat die Regierung die nötigen Massnahmen ergriffen, um eventl. Unruhen sofort zu ersticken und die Agitatoren zur Verantwortung zu ziehen. Trotzdem ist die jüd. Bevölkerung Kupischkis noch in gedrückter Stimmung.

— Die jüd. Gemeindewahlen in ganz Litauen finden zwischen dem 25. und 28. April statt.

Rumänien.

— Nach längeren Debatten hat das Parlament den von der Regierung eingebrachten Antrag auf Schaffung eines besonderen Sekretariates für die nationalen Minoritäten — der ursprüngliche Vorschlag auf Bildung eines besonderen Minoritäten-Ministeriums war infolge der starken Opposition von der Regierung fallen gelassen worden — angenommen. Infolge Mangels der hierfür notwendigen Gelder soll jedoch dieses Sekretariat erst im Herbst errichtet werden.

— Das hebräische Pädagogium in Jassy wurde bereits eröffnet. Das Pädagogium hat die Aufgabe, die Zöglinge zu modernen Lehrern heranzubilden und wie Dr. Salomonovici in seiner Eröffnungsrede ausführte, die Anstalt zu einer Vorstufe zur Jerusalemer Universität zu gestalten. Sämtliche Lehrgegenstände werden in hebräischer Sprache vorgetragen.

— Der bekannte jüd. Schriftsteller Mordechai Spektor ist auf der Durchreise nach Palästina aus Odessa in Kischinew eingetroffen.

Jugoslavien.

— Die jüd. Gemeindevertretung von Brcko hat einstimmig beschlossen, 10 Prozent aller Gemeindeeinnahmen dem Keren Hajessod zuzuführen. Dieser Beschluss hat auch rückwirkend für das abgelaufene Jahr zu gelten. Das Prinzip des Maasser habe für die einzelnen Juden, wie auch für die ganze Gemeinde zu gelten.

— Nach einer neuen Verordnung müssen Theologiestudierende den Beweis ihrer Studienfortsetzung alle 6 Monate bei der zuständigen Militärbehörde erbringen, um vom Militärdienst enthoben zu werden. Als jüd. Theologen werden die Schüler der Jeschiboth anerkannt, jedoch müssen ihre Zeugnisse vom Oberrabb. Dr. Alcalay unterschrieben sein.

Tschecho-slovakischer Staat.

— F. - In der Angelegenheit der Lizenzrevisionen in der Slovakei, welche vielfach in rein antisemitischem Sinne geübt werden und zahlreiche Juden brotlos machen, hat eine Vertretung der nationaljüdischen Organisation bei der Regierung in Prag vorgesprochen und beruhigende Zusagen erhalten.

Für die Willkürherrschaft in der Slovakei charakteristisch ist die Tatsache, dass an den Mittelschulen ein von den Behörden approbiertes slovakisches Lesebuch im Gebrauch ist, in welchem systematisch antisemitische Propaganda getrieben und gegen die angebliche Vorherrschaft der Juden im Wirtschaftsleben in rüder Weise Stellung genommen wird. Der slovakisch-jüdische Volksverband wird den Kampf gegen die Verhetzung aufzunehmen und die sofortige Aussergebrauchsetzung dieser „Lehrbücher" zu fordern haben.

Die Lage der jüd. Gemeindeangestellten ist vielfach eine sehr traurige. Sie entbehren jeglicher Dienstpragmatik, Altersversorgung und beziehen oft wahre Hungerlöhne. Grosses Aufsehen in der Slovakei erregt der tragische Selbstmord des Rabbiners von Malaczka, (s. „J.P.Z." Nr. 134) der infolge materieller Schwierigkeiten in geistiger Umnachtung Hand an sich gelegt hat und 8 Kinder hinterlässt.

Oesterreich.

Würdiger Abschluss des Wiener Antisemitenkongresses.

Der in Wien abgehaltene Antisemitenkongress fand Sonntag mit skandalösen Strassenexzessen seinen würdigen Abschluss. Einem Teil der Demonstranten gelang es, den Polizeikordon zu durchbrechen und in die Innere Stadt zu gelangen, wo sie alle jüdisch aussehenden Passanten attackierten. Aus Hotels und Caféhäusern wurden gutgekleidete Gäste herausgeholt und verprügelt, von welchem Schicksal auch so manche jüdisch aussehende Nichtjuden betroffen wurden, darunter auch der bekannte Führer der Christlichsozialen

Dr. Seipel. Zahlreiche Opfer der Tätlichkeiten haben den Verlust von Schmuck, Uhren und Brieftaschen zu beklagen. Dagegen gelang es der Polizei, die Demonstranten von der Leopoldstadt fernzuhalten.

— Nach zehnwöchentlicher Streikdauer haben die Verhandlungen zwischen den Religionslehrern und dem Vorstande der Kultusgemeinde zur Verständigung geführt. Der Religionsunterricht wurde am 14. wieder aufgenommen. Den Lehrern wurde hinsichtlich der Bezüge die Gleichstellung mit den städtischen Lehrern zugestanden.

Wien. - F - Seit einiger Zeit macht sich an der hiesigen Universität ein rüder Antisemitismus geltend, der vielfach unter der direkten Patronanz der Hochschullehrer steht. Namentlich der vorjährige Rektor, Prof. Schwind, gilt als Förderer dieser Richtung. Vor einigen Tagen haben die koalierten deutschnationalen und christlichsozialen Hochschüler regelrechte Wahlen zu einer rein „arischen" Vertretung abgehalten, die sich den irreführenden Titel „Hochschulkammer" beilegt. Als die freiheitlichen und sozialistischen Studenten gegen diesen Unfug, an dem Professoren als Wahlleiter mitwirkten, in der Universität öffentlich protestieren wollten, wurde ihnen diese Absicht durch den Hinweis auf die Möglichkeit von Ruhestöruugen von der Universitätsbehörde verwehrt. In der Protestversammlung, die ausserhalb der Hochschule stattfand, geisselte der gewesene Staatskanzler, Dr. Renner, u.a. die reaktionäre Haltung der Studentenschaft. Einer Deputation des „Jüdischen Hochschulausschusses" bestätigte der Rektor ausdrücklich, dass diese sogenannte „Hochschulkammer" einen durchaus privaten Charakter trage. Zu einem Verbote dieses angemassten, irreführenden Titels, hat sich die Hochschulbehörde nicht bemüssigt gesehen. Der Geist, der an der Wiener Hochschule herrscht, wird auch durch die Tatsache illustriert, dass in der von den „Ariern" verwalteten „mensa academica" notleidende jüd. Studenten nicht zugelassen werden. Dieser Tage wurde sogar ein armer christlicher Student abgewiesen, mit der Begründung, dass er nicht reinrassiger Arier sei. An der Spitze der Mensaverwaltung steht der obgenannte, frühere Rektor Hofrath Schwind. Nicht besser geht es an der Technischen Hochschule zu; so wurde dort der bekannte Fachmann, der bereits seit einem Jahrzehnt als Konstrukteur an der Technik wirkende Dr. Schwätzer, als er seine Vorlesungen als Dozent beginnen sollte, von einer johlenden Horde, die auch von aussen und der Studentenschaft fernstehenden Kreisen Sukkurs erhalten hatte, am Sprechen verhindert und als „Saujud" beschimpft. Der jüd. Gelehrte musste der Gewalt weichen. Es ist abzuwarten, was die Hochschule zum Schutze der Lehrfreiheit unternehmen wird.

— Im Nationalrat brachte Abg. Leuthner [Soz.] den an den Wiener Hochschulen herrschenden Geist zur Sprache. In den letzten Wahlen in die Hochschulkammer liege nicht nur eine Ungehörigkeit gegenüber den übrigen Studenten, sondern eine Irreführung der deutschen Universitäten, an denen tatsächlich ernst zu nehmende Hochschulkammern gebildet wurden. Der Terrorismus beschränke sich aber nicht nur auf das politische Gebiet, sondern greife in das allerpersönlichste ein. So hat man in der Mensa eine förmliche Ahnenprobe eingeführt. Einem armen Studenten, dessen Mutter Jüdin war, wurde die Aufnahme verweigert, auch ein Einschreiten beim Rektor nützte nichts. Das heisst die Politik bis zur äussersten Brutalität treiben.

— Der bekannte Wiener Grossindustrielle, Ing. Kremenetzky, hat sich am 2. März nach Palästina begeben, um dort mit dem Bau der von ihm geplanten grossen Ziegelei zu beginnen.

Deutschland.

Gründung einer Föderation „Binjan Haarez".

Der Berliner R.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: In einer geheimen Versammlung mehrerer Berliner Zionisten wurde am 6. März die Gründung einer zion. Föderation „Binjan Haarez" beschlossen. Das von der Versammlung akzeptierte Programm, mit dem das Komitee nunmehr an die Oeffentlichkeit tritt, besagt, die neue Föderation wolle die Kräfte des Gesamtjudentums für den Aufbau Palästinas gewinnen. Sie verlangt daher die Schaffung einer Organisation, die alle Juden und jüd. Verbände in dem Gedanken der Palästinaarbeit eint, unbeschadet ihrer Stellung in Einzelfragen. Als Bedingung der Zugehörigkeit zur Zion. Org. soll nur das Bekenntnis zum Basler Programm gefordert werden. Bei der Aufbauarbeit soll nur die wirtschaftliche Prosperität massgebend sein. In der Diaspora überlässt die Föderation jedem Lande die Entscheidung über die Notwendigkeit einer jüd. Landespolitik, betont jedoch die Verpflichtung zur Erfüllung der bürgerlichen Pflichten gegenüber dem Staate. Dem vorbereitenden Komitee gehören an: Prof. Carl Lewin, Prof. Weil, Prof. Citron, Dr. Leszynski, Dr. Klee, Dr. Kollenscher, Zwirn, Witkowsky, Wagner, Kareski.

Da nach dem zion. Organisationsstatut das Entstehen einer Föderation (Sonderorganisation) an gewisse Voraussetzungen geknüpft ist, vor allem an das Vorhandensein prinzipieller Sonderanschauungen, ist es sehr zweifelhaft, ob die neue Föderation die Anerkennung seitens des zion. Kongresses erhalten wird. Es wird dagegen geltend gemacht, dass die Besonderheiten des Programmes keine spezifische Anschauung in prinzipieller Hinsicht, sondern lediglich Sonderwünsche in taktischer Beziehung enthalten. Es ist auch abzuwarten, ob namhafte zion. Kreise anderer Länder eine solche Separationsbewegung mitmachen werden. Jedenfalls steht fest, dass vor der erfolgten Anerkennung seitens des Kongresses die neue Föderation auch formell kein Recht zu gesondertem Auftreten hat. Es ist zu befürchten, dass durch eine derartige Spaltung auch nur des deutschen Zionismus im gegenwärtigen Augenblick der zion. Arbeit beträchtlicher Schaden erwachsen kann, besonders der Keren Hajessod-Aktion, die gerade in Deutschland in vorbildlicher Weise eingeleitet worden war.

— Eine Gruppe deutscher Zionisten hat sich zu einem „Nationalen Einheitsblock" zusammengeschlossen, der die spezifischen Traditionen des deutschen Zionismus durch besondere Betonung des nationalen Charakters der Bewegung sowohl in der Weltorganisation als in der Z. V. f. D. vertreten will.

Berlin. - R. - Auf die deutschnationale Anfrage im Reichstag wegen Abschiebung der Ostjuden (s. „J.P.Z." Nr. 134), antwortete der Regierungsvertreter, dass die Regierung sich nach Kräften bemühe, der Einwanderung entgegenzutreten, eine Massenabschiebung scheitere jedoch an dem Widerstand der poln. Regierung. An der Ostgrenze wurden 1920 11,453 Personen verhaftet, 6169 wieder über die Grenze abgeschoben, 1500 in Internierungslagern untergebracht, die übrigen teils den Gerichten teils den jüd. Fürsorgeorganisationen übergeben worden. Es seien auch mehrere Internierungslager eingerichtet, z. B. in Stagrad (Pommern), wo 2700 Personen liegen.

- R - In einer von der Münchner Studentengruppe des Zentralvereines deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens einberufenen Akademikerversammlung, in der Rabb. Dr. Jakob [Dortmund] über „Die deutschen Juden in der deutschen Volksgemeinschaft" sprach, kam es zu wüsten antisemitischen Ausschreitungen. Als der Redner die Entwicklung des deutschen Reiches zu einem modernen Staat schilderte, wurde er durch alldeutsche Zwischenrufe unterbrochen, die sich zu einem solchen Lärm steigerten, dass der Vortrag nicht beendet werden konnte. Trotz dem Appell der akademischen Lehrerschaft an die studentische Disziplin entstand ein grosser Tumult und nur mit Mühe konnten Schlägereien verhindert werden.

Die Dresdner Aerztekammer hat an die Reichsgetreidestelle eine Beschwerde gegen die Zuweisung von 40.800 Zentnern Weizenmehl an die jüd. Bevölkerung zur Mazzothbereitung gerichtet und sich von deren Antwort nicht befriedigt erklärt. Die genannte Stelle wird eine grösse Agitation gegen diese Massnahme einleiten, die Zündstoff für antisemitische Hetze geben wird.

- R - Der bekannte Führer des deutschen Misrachi, Maler Hermann Struck, wird sich demnächst nach Palästina begeben, um seine Uebersiedlung vorzubereiten.

Der Jüd. Nat. Fonds veranstaltet eine Purimwoche, in der mehrere Veranstaltungen grossen Stils stattfinden. 91 deutsche Städte nehmen an dieser Aktion teil. In Berlin werden berühmte Künstler und Schriftsteller [Max Brod] mitwirken.

Der deutsche Landesverband Hapoel Hazair richtet an alle seine Ortsgruppen einen Appell, am 11. Adar [21. März] den ersten Jahrestag der Ereignisse von Tel Chai durch Trumpeldor-Feiern zu begeben und bei diesem Anlass für den Keren Alijah zu sammeln.

Anfang März erschien die erste Nummer eines zweimal monatlich erscheinenden Organes der deutschen Poale Zion. unter dem Namen „Jüd. Arbeiterstimme".

Italien.

— Auf der Durchreise von Palästina weilten Ussischkin, Warburg und Mossinsohn in Rom. Warburg sprach am 1. März auf Einladung der

zion. Föderation und der jüd. Gemeinde in Rom über die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten und die politische Situation in Palästina. Warburg besuchte auch Luzzatti, der dieser Tage seinen 80igsten Geburtstag feierte, dem er Bericht über Palästina erstattete. Der „Israel" vom 10. März veröffentlichte Aeusserungen Ussischkins über den Zweck seiner Amerikareise. Er halte es nicht für unmöglich, eine gemeinsame Plattform für die Palästinatätigkeit zu schaffen. Er habe zwar nichts gegen die Privatinitiative, aber alle bisherige Arbeit in Palästina wurde ausschliesslich von der Zion. Org. und dem Nationalfonds geleistet. Da es sich nicht um Abschluss guter Geschäfte, sondern um den Wiederaufbau handelt, müsse auch die Privatinitiative von der Organisation kontrolliert werden. Kulturarbeit sei notwendig, da ein nationaler Staat ohne nationale Kultur ein Unsinn sei. In keinem Staate habe die Regierung ihr Desinteressement bez. der Erziehungsprobleme erklärt. In dieser Beziehung können nicht die geringsten Konzessionen gemacht werden. Das Mandat hält Ussischkin im grossen ganzen für befriedigend. Die formellen Grenzen haben in Gegenüberstellung zur wirklichen realen Arbeit nur sekundäre Bedeutung. Von diesem Gesichtspunkte aus, schliesst Ussischkin auch in der Frankreich zugesprochenen Zone von Palästina eine breite jüd. Kolonisation nicht aus. Eine jüd. Legion lehnt Ussischkin ab und meint, dass 1000 jüd. Kolonisten eine grössere Kraft bilden als 1000 uniformierte Soldaten. Unsere Eroberungen müssen auf dem friedlichen Wege der Kultur geschehen.

England.

— Der bekannte Zionistenfreund, Abg. Ormsby Gore, von dem es hiess, dass er die Leitung des im Kolonialministerium neu eingerichteten Departements für den fernen Osten, dem auch Palästina untersteht, übernehmen solle, hat auf Aufforderung von Balfour die Vertretung des britischen Reiches in der aus neun Mitgliedern bestehenden Mandatskommission des Völkerbundes übernommen. Verschiedentlich wird berichtet, dass er später trotzdem die Leitung des oben erwähnten, für die Entwicklung Palästinas so wichtigen Departements übernehmen soll.

Erez Israel — Palästina.

— Am 24. Febr. fand in Jerusalem unter Vorsitz von Samuel eine Versammlung der Vertreter sämtlicher Handelskammern statt. Samuel gab in seiner Eröffnungsrede seiner Freude Ausdruck, sämtliche Vertreter hier vereinigt zu sehen. Es existieren jetzt 6 grosse Handelskammern, die fast 6000 Mitglieder umfassen. Die im Lande sich entwickelnden Handelsorganisationen seien für die Handelsentwicklung von eminentem Vorteil. Die Regierung gedenke bez. des Handels mit Aegypten einige Reformen zu treffen. Jeder Handelskammerpräsident solle den Kaufleuten Reisebewilligung erteilen können, um den Geschäftsverkehr zu erleichtern. Mit Hilfe der Kaufleute und der Regierung können wir eine goldene Epoche erhoffen und abwarten.

— Auf der 6. und letzten Sitzung der Rabbinerkonferenz, wurden die Wahlen in den Rabbinerrat vorgenommen, deren Resultat bereits in Nr. 134 der „J.P.Z." veröffentlicht war. Zum Oberrabb. der Aschkenasim wurde einstimmig per Akklamation Oberrabb. Kook gewählt, was bei allen Anwesenden grosse Begeisterung auslöste. Bez. der Wahl des Oberrabbiners der sephardischen Gemeinde, gab es im vorbereitenden Wahlkomitee Meinungsverschiedenheiten, umsomehr, als Rabbi Jakob Meir ursprünglich eine Wahl ablehnte, aus Achtung vor dem altehrwürdigen Rabbi Eliaschar. Nachdem auf Grund zahlreicher Interventionen Meir sich doch zur Annahme entschloss, wurde Rabbi Meir vom Plenum mit 27 Stimmen zum Oberrabbiner der Sephardim gewählt, gegen 12 Stimmen, die auf Eliaschar und 12 Stimmen, die auf Benzion Uziel fielen. Zu Mitgliedern des Rabbinerrates wurden gewählt: Rabb. Frank mit 48, Rabb. Alkozir mit 48, Rabb. Kwinka mit 47, Rabb. Filosoff mit 42, Rabb. Rom mit 34 und Rabb. Bernstein mit 32 Stimmen. Zu ersten Präsidialvertretern wurden die Rabbiner Eliaschar und Uziel vorgemerkt und zu ersten Mitgliederersatzmännern Papo und Rabinowicz (Liverpool). Zu Laienbeisitzern, deren Kompetenz nach längeren Debatten ziemlich stark eingeschränkt wurde, was eine Absentierung Dr. Klausners und Pens bei den Wahlen veranlasste, wurden gewählt: Dr. Eliasch, Lewanon und Fenizel, statt des ursprünglich in Aussicht genommen Dr. Frumkin. Die Einführung der Oberrabb. Kook und Jakob Meir sollte am 10. März stattfinden. Nach Einholung und feierlicher Begrüssung des an der Sitzung nicht teilnehmenden Oberrabb. Meir und zahlreichen begeisterten Abschiedsreden wurde die Konferenz geschlossen.

— In Jerusalem fand eine Massenversammlung mehrerer tausend Juden statt, die in einer Resolution die Zion. Org. und das Komitee der Jüd. Delegationen in Paris aufforderte, sich energisch für die Erleichterung der Einwanderung der ukrainischen Juden nach Palästina einzusetzen. Sämtliche jüd. Hilfsorganisationen werden ersucht, die ukrainischen Waisenkinder nicht über die ganze Welt zu zerstreuen, sondern sie in Palästina zu konzentrieren.

— In Haifa fand eine Konferenz der jüd. Strassenarbeiter statt. Die Konferenz forderte unter Ausdruck des Bedauerns über die Abnahme der Einwanderung im letzten Monat die Arbeiterorganisation auf, Schritte zu unternehmen, um die Einwanderung erneut in Fluss zu bringen. Es wurde auch beschlossen, dass jeder Arbeiter verpflichtet sei, eine jede ihm von der Organisation zugewiesene Arbeit, sowohl was Ort als Art betrifft, zu übernehmen.

— Vom Waad Hazirim wurde ein unter besonderer Verwaltung stehender Fonds geschaffen, der es den jüd. Chaluzim ermöglichen soll, sich die erforderliche Ausrüstung, wie Zelte, Betten und Werkzeuge anzuschaffen, um sich den genossenschaftlichen Gruppen, die Arbeiten übernehmen, anschliessen zu können. Die ratenweise Abzahlung geschieht durch die Gruppe, in deren Eigentum die Sachen übergehen. Genossenschaftliche Magazine, die ebenfalls vom Waad Hazirim finanziert werden, liefern den Arbeitern auch Gegenstände des persönlichen Bedarfes, für deren Erwerb gleichfalls Darlehen durch eine zu diesem Zweck besonders gegründete Arbeiterbank gewährt werden.

— Mit Rücksicht auf die unzureichenden Unterkunftsmöglichkeiten in Jaffa und Haifa, die nur 500, resp. 350 Immigranten Unterkunft bieten, plant die Regierung die Errichtung eines grossen Einwandererlagers in Jaffa, das als Empfangsstation für alle in Palästina ankommenden Personen, Einwanderer wie auch Reisende und Pilger dienen soll.

— Der Fremdenverkehr nach Palästina ist in letzter Zeit stark angewachsen, sodass er die z. Zt. vorhandenen Unterkunftsmöglichkeiten übersteigt. So brachte ein amerikanischer Dampfer unlängst 700 Palästinabesucher nach Aegypten, wobei jedoch, da die Jerusalemer Hotels gleichzeitig nur 500 Gäste aufnehmen können, von einem gleichzeitigen Besuche Jerusalems abgesehen werden musste.

— „Palestine Weekly" schätzt die Getreideüberflüsse für den Export in Palästina für das Jahr 1921 auf 800,000 Meterzentner Gerste und 100,000 Meterzentner Hülsefrüchte, insofern keine Unwetter dazwischen kommen; es ist dies bei einem nur 40,000 Quadratkilometer zählenden Lande, ein sehr bedeutendes Quantum. Die grössten Getreidefelder liegen aller-

dings in Ostjordanien, wo infolge der bisher herrschenden Unsicherheit fast gar keine Juden wohnen.

— Am 13. Febr. fand im Zentralbüro des Misrachi in Jerusalem eine Versammlung misrachistischer Arbeiter statt, auf der auf die Notwendigkeit ihrer Organisierung hingewiesen wurde. Die Rabbiner Schapiro und Fishmann betonten die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit mit dem Jungmisrachi, damit durch Schaffung einer neuen Organisation nicht eine Zersplitterung in der Arbeit aufkomme.

— Der Leiter der Habone, Grünberg, hat von der Ica in der Umgebung von Atlith einen Bodenkomplex für 20 Jahre gepachtet, um dort einen Steinbruch zu errichten, der Material für Hunderte von Bauten wird liefern können. Die aus England importierten Steinbruchmaschinen sollen demnächst dort installiert werden.

— Am 5. April soll in Jerusalem auf Initiative der „Pro Jerusalem" Gesellschaft eine Ausstellung für Handwerk u. Kunstgewerbe stattfinden. Die Leitung liegt in den Händen des Gouverneurs von Jerusalem Storrs.

Letzte Nachrichten.

Tagung des Zentralrates der jüd. Welthilfskonferenz.

Der Pariser J.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: Das Exekutivkomitee der jüd. Welthilfskonferenz hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, den Zentralrat für den 5. April und die folgenden Tage nach Paris einzuberufen.



Ernst Zwicky, Zürich 1
Leonhardstr. 10
Tel. Hottingen 1092
Elektro-Apparate u. Installationen
Beleuchtungskörper
Massage- u. Fönapparate
Rauchverzehrer
Heiz- u. Kochapparate etc.
Reparaturen

Beeilen Sie sich!

Am **30. März**

ist die große, amtliche **2. Ziehung** der Lotterie des

Naturheil-Vereins Zürich

Fr. 500,000.— Total-Trefferbetrag

Lose in Couverts à 2 Stück = Fr. 2.—
Serien à 5 Couverts à 10 Stück = Fr. 10.—
☛ **Bei Ankauf ganzer Serien Gewinn garantiert**
Die Inkassofrist sämtlicher Trefferlose erlischt 6 Monate nach der 3. Ziehung.
Wiederverkäufer hohe Provision.


Handels- und Prämienobligationen-Bank A/G
Löwenstr. 67 (b. Bahnhofplatz) Zürich Telephon Selnau Nr. 57.29

GUMMI-SCHLÄUCHE für Gasherde, Wasserhahnen so wie jeden andern Zweck
WALTER NAEF & Co
vormals
JOH. EMIL NAEF
Bahnhofstr. 54 Zürich
Telegr. Gumminaef

Bern
Rinners Wiener Cafe
Schauplatzgasse Ecke Gurtengasse



Vornehmes Familien-Cafe
Exquisite Getränke. Echte Wiener Küche. Holländische Likör-Stube.
6 Billards Gesellschaftszimmer

ושמחת בחגיך ולקחתם לכם משלכם
Die feinsten
natürlichsten und billigsten sind nur die
Palästina Weine
zu bekommen in jedem jüdischen Spezereiladen
כשר על פסח
Flaschen Weine in Kisten von 24 Stück assortiert.
General-Vertreter: **H. Nachimson Genf, Telephon 7619**

Das gesündeste Getränk!



Naturreiner und alkoholfreier
Süsser Most
von Gebrüder
Zuppinger
Ober-Meilen

Preise bei kistenweisem Bezug franco Haus:
20 Stück ½ Fl. moussierend p. Fl. 35 Cts.
20 „ ⅟₁ „ nicht „ „ „ 55 Cts.
12 „ 1 Ltr. „ „ „ „ „ 65 Cts.
4 „ 5 „ „ „ „ „ Ltr. 60 Cts.
Wiederverkäufer ermässigte Preise.
Man verlange Preisliste und Adresse des nächsten Depothalters.

Tapeten
Fritz Martin
Luzern, Kapellgasse 3

Zurück sind
Frl. Frei & Keßler
92 Bahnhofstr, Zürich 1
Pédicures ⊡ Manicures
Telephon Selnau 2437

Schreibmaschinen
erste amerikanische Marken
MODERN EINGERICHTETE REPARATURWERKSTÄTTE
Stets grosse Lager in Occasion-Maschinen
BÜHLMANN-FENNER Theaterstrasse 8 **LUZREN**

Spezialhaus für
DAMENBEKLEIDUNG
Confection Einhorn
Inhaber: L. Goldschmidt -- -- -- LUZERN

Auf bevorstehende Festtage
gestatten wir uns, Sie auf unsere reichhaltige Auswahl in **frischen**
Gemüsen, Früchten, Delikatessen, Conserven und Colonialwaren
aufmerksam zu machen
Bühler & Co. Nachf. von Rentsch & Co. Detail
Prompte Lieferung ins Haus **Uraniastrasse 14** Telephon Selnau 3843

Das allgemein jüdische Krankenhaus
„Schaare-Zedek" zu Jerusalem
bittet für seine Kranken
Organisation rein europäisch — Isolierhäuser für Ansteckende —
Aufnahme unterschiedslos für Alle. Höchste Anerkennung aller Behörden, hält sich für gewissenhafte Uebernahme v. Stiftungen empfohlen
Briefe: Zentralbüro für jüd. Angelegenheiten Luzern
Geldsendungen: Postcheck-Konto Luzern VII 1096